

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 94 (2009)

Heft: 3

Artikel: Zentralrat der Ex-Muslime e.V.

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1090674>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Intoleranz nicht tolerieren

Für Mina Ahadi ist die Abkehr vom Glauben ein Grundrecht, nach islamischer Rechtslehre ist sie ein Verbrechen. Deshalb wird die gebürtige Iranerin, seit sie den «Zentralrat der Ex-Muslime» gründete, von Fundamentalisten mit dem Tode bedroht. In ihrem Buch erklärt die mutige Kämpferin für Menschen- und Frauenrechte, warum der Islamismus in Deutschland eine Gefahr ist und warum wir keine muslimische Parallelgesellschaft dulden dürfen.

Mit ihrem Einsatz für Freiheit und Demokratie riskierte Mina Ahadi bereits in ihrem Heimatland Iran ihr Leben. Seit ihrer Flucht in den Westen setzt sie sich kompromisslos für die Frauenrechte in islamischen Ländern ein. Zugleich muss sie entsetzt feststellen, dass der Fundamentalismus in demokratischen Staaten

Einzug hält. Auch in Deutschland dürfen sich Muslime nicht offen zu ihrem Unglauben bekennen, werden Frauen zum Tragen des Kopftuchs gezwungen und von ihren Ehemännern als Besitz betrachtet. Doch es ist gefährlich, wenn wir aus falsch verstandener Toleranz die Gesetze der Scharia bei uns dulden. Mina Ahadis Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für eine wehrhafte Demokratie, in der die Menschenrechte für alle Bürger gelten, auch für die muslimischen.

Mina Ahadi, Sina Vogt

Ich habe abgeschworen: Warum ich für die Freiheit und gegen den Islam kämpfe

Gebundene Ausgabe: 288 Seiten

Verlag: Heyne (11. Februar 2008)

ISBN-10: 3453152883

Mina Ahadi
mit Sina Vogt

Ich habe abgeschworen

Warum ich für die Freiheit und gegen den Islam kämpfe



HEYNE

Zentralrat der Ex-Muslime e.V.

In Deutschland wurde 2007 der Rat der Ex-Muslime gegründet.

Dem Zentralrat der Ex-Muslime gehören Menschen an, die entweder den muslimischen Glauben aufgegeben haben oder die niemals Muslime waren, wenngleich sie aufgrund ihrer Herkunft aus einem sog. «muslimischen Land» gemeinhin der «Gruppe der Muslime» zugerechnet werden. Da viele von uns gezwungen waren, den islamischen Machthabern in unseren Herkunftsändern zu entfliehen, können und wollen wir es nicht hinnehmen, dass nun in Deutschland ausgerechnet muslimische Funktionäre in unserem Namen sprechen sollen.

Wir wehren uns in aller Entschiedenheit dagegen, dass muslimische Organisationen wie der Islamrat oder der Zentralrat der Muslime den Anspruch erheben, uns und unsere Interessen in Deutschland vertreten zu können!

Wir fordern die deutsche Politik und Öffentlichkeit dazu auf, die Augen dafür zu öffnen:

- dass die Menschenrechte unteilbar sind und somit auch für all jene Menschen gelten müssen, die in einer sog. «muslimischen Kultur» aufgewachsen sind
- dass es auch in den sog. «muslimischen Ländern» zahlreiche Menschen gibt, die sich zu keinem religiösen Glauben, sondern zu den säkularen Werten von Humanismus und Aufklärung bekennen. Auf der Basis solcher aufklärerisch-humanistischer Grundüberzeugungen setzt sich der Zentralrat der Ex-Muslime für folgende Ziele ein:

- die Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte als unveräußerliche individuelle Rechte des einzelnen Menschen
- die Durchsetzung der Weltanschauungsfreiheit als Freiheit, sich öffentlich wie nichtöffentlicht zu religiösen oder nichtreligiösen Anschauungen zu bekennen oder dies zu unterlassen
- die Durchsetzung einer konsequenten Trennung von Staat und Kirche/Religion/Weltanschauung
- die Förderung der Völkerverständigung auf der Grundlage der allgemeinen Menschenrechte
- die Förderung des vernunftgeleiteten Denkens und der Erziehung zur Toleranz.

Moschee-Bau ist kein Mittel der Integration

Die Entscheidung des Kölner Stadtrates zum Bau einer Grossmoschee ist auf scharfe Kritik des Zentralrates der Ex-Muslime gestossen. «Ich bin empört über diese fatale Entscheidung. Alle aggressiven Tendenzen, die es im Islam gibt, wurden ausgeblendet und schöngeredet. Hier geht es nicht um die Unterstützung für eine Religion sondern um die Stärkung einer Bewegung, die Menschenrechte ignoriert», sagte Zentralratsvorsitzende Mina Ahadi. Der Moscheebau bewirke auch keine verbesserte Integration. «Eine Moschee ist nicht der richtige Ort für Integration. Im Gegenteil: Hier wird weiter ausgegrenzt. Mit dem Kölner Bau werden Parallelgesellschaften betonten. Hart ins Gericht geht Ahadi auch mit Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma

(CDU), der den Moscheebau unterstützt. «Herr Schramma sitzt einer Utopie auf, wenn er ernsthaft glaubt, der Bau werde bald eine Kösche Moschee sein. Das wird niemals so sein. Die mächtige Moschee mit ihren 55 Meter hohen Minaretten wird in Köln kaum als Zeichen für Verständigung verstanden werden, sondern als Symbol der neuen Macht der Muslime.»

Der Zentralrat der Ex-Muslime wehrt sich gegen die fortschreitende Verharmlosung radikaler islamistischer Tendenzen in Deutschland. «Ich klage auch Fritz Schramma persönlich an. Politiker wie er sind mitschuldig, wenn es weitere sogenannte Ehrenmorde in Deutschland gibt und in islamischen Familien Frauen völlig rechtlos unterdrückt werden», so Mina Ahadi. Die Politik des 21. Jahrhunderts sollte Offenheit und Freiheit gestalten, statt eine mittelalterliche Kultur zu verteidigen.

Der Zentralrat der Ex-Muslime verurteilte aber ebenso die Bestrebungen des rechten Vereins Pro Köln, einen Anti-Islamisierungsgipfel in Köln auszurichten. «Das lehnen wir strikt ab. Wir werben zwischen der Pro-Islam-Bewegung und den radikalen Gegnern für einen dritten Weg. Wir wollen eine offene Integration von Zuwanderern, bei der Religion Privatsache ist und nicht als Machtbeweis missbraucht wird», so Ahadi abschliessend.

Lebensgefährlich: Homosexualität im Iran

(hpd) Mina Ahadi steht immer wieder in engem Kontakt mit Menschen, die hingerichtet werden sollen, und deren Angehörigen. Viele kann sie retten. Nicht jedoch den siebzehnjährigen > Seite 6

iraner Makvan Molodi: Weil er als Dreizehnjähriger angeblich einen Freund hatte, wurde Makvan Molodi 2008 hingerichtet.

Laut Amnesty International wurden bisher in Iran ca. 4'000 Männer wegen Homosexualität hingerichtet. Die Dunkelziffer mittels Suizid und offiziell anders begründeter Hinrichtungen dürfte allerdings, so Menschenrechtlerin Mina Ahadi, weitaus höher liegen. Denn das Thema Homosexualität wird von allen Seiten totgeschwiegen. Auch Menschenrechts- und Frauenrechtsorganisationen wollen sich nicht mit dem Thema befassen. Homosexuelle fühlen sich allein, werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld im Stich gelassen. Manche Familien versuchen, homosexuelle Familienmitglieder mit Elektroschocktherapien zu «heilen».

Über homosexuelle Frauen, die hingerichtet wurden, gibt es keinerlei Zahlen.

Der iranische Präsident Ahmadinejad verkündete im September 2008 an der Columbia University in New York City, es gebe im Iran keine Homosexualität. Im November 2008 wiederum gab ein iranischer Minister, Mohsen Yahyavi, am Rande einer Friedenskonferenz gegenüber britischen Parlamentsmitgliedern zu, dass im Iran Homosexualität mit dem Tod bestraft wird. Er wurde mit einigen Berichten konfrontiert, dass schon im Jahr 2005 zwei schwule Jugendliche, Mahmoud Asqari und Ayad Marhouni, gehängt worden waren.

Der Hauptgrund für die Verfolgung und Hinrichtung von Homosexuellen ist, so Ahadi, der Versuch des politischen Islam, in der Bevölkerung Angst auszulösen. Menschen, die gesellschaftlich in einer schwachen Position sind, wie Homosexuelle, wie ehebrechende Frauen, werden öffentlich hingerichtet, um alle anderen über die Angst zu beherrschen.

Doch nicht nur Homosexuelle leben gefährlich. Das Recht auf sexuelle Selbstbestim-

mung jedweder Art wird eingeschränkt und Verstöße werden bestraft. Als Hinrichtungsgründe gelten auch vorerlicher Geschlechtsverkehr oder Ehebruch. Dies kann zuweilen bizarre Züge annehmen. So sollte eine vierfache Mutter gesteinigt werden, deren drogenabhängiger Mann sie zur Prostitution mit anderen Männern zwang, die er mit nach Hause brachte. Diese Frau konnte Mina Ahadi retten.

Widerstand gegen Repressionen

Mithilfe der Vernetzung von Menschen untereinander, über Internet und Satellitenfernsehen, entwickelt sich mittlerweile im Iran eine grosse Bewegung gegen Repressionen wie Geschlechterpartheid, gegen Todesstrafe und gegen Steinigung, gegen eine Religion und einen Gott, der als Legitimation für ein solch repressives Leben herangezogen wird. Jedes Mal, wenn Mina Ahadi im Iran live auf Sendung geht, rufen mehr als 200 Zuschauer an und geben sich kämpferisch. In Internetforen diskutieren Homosexuelle, geben Interviews und organisieren ihren Widerstand.

Ahadi hofft, dass eine offene Diskussion in Europa die europäischen Regierungen unter Druck setzt, ihre Politik gegenüber dem Iran und anderen Ländern zu ändern. Wenn die Bevölkerung in Deutschland und anderen europäischen Ländern das Tabu bricht und zeigt, dass es eine weltweite Bewegung für sexuelle Selbstbestimmung gibt, für die Rechte von Homosexuellen. Bisher wurde Homosexualität weder in Deutschland, Schweden, Dänemark oder Holland als Asylgrund anerkannt. Begründung: «Wenn Sie Ihre Homosexualität nicht offen ausleben, haben Sie damit auch im Iran kein Problem!» In der Schweiz kann die Homosexualität als Asylgrund gelten, wenn damit nicht nur eine gesellschaftliche Diskriminierung sondern eine Verfolgung verbunden ist.

NEU: Bücher kaufen zum Vorteil der FVS

Bestellen Sie Ihre Bücher über den virtuellen Büchershop auf www.freidenken.ch: Amazon vergütet mindestens 5% des Betrages an die FVS.

Säkulare Umschau

Deutschland

Hessen: Kritik an Plänen zum Islamunterricht

(ibka/hpd) Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) äussert sich ablehnend zur Absicht von Kultusministerin Henzler, einen islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen einzurichten.

«Es ist ein absurd Gedanke, dass ein nach Religionen getrennter Unterricht zur besseren Integration beitragen könnte», sagte dazu der IBKA-Regionalbeauftragte Hessen, René Hartmann. «Ein Religionsunterricht, in dem Schülerinnen und Schüler in 'ihrer' Religion (sprich: in der ihrer Eltern) unterrichtet werden, ist ein anti-emanzipatorisches Relikt aus Zeiten, als die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft als Selbstverständlichkeit betrachtet wurde.»

Die Vermittlung einer bestimmten Glaubensrichtung gehörte in einem weltanschaulich neutralen Staat generell nicht an die öffentliche Schule. Insofern stellen die Pläne von Ministerin Henzler einen Schritt in die falsche Richtung dar. Dem Ziel der Integration könne ein Unterricht in Ethik, Religions- und Weltanschauungskunde für alle Schülerinnen und Schüler viel eher dienen.

Berlin: Volksbegehren «Pro Reli» zustande gekommen

Das Volksbegehren verlangt die freie Wahl zwischen konfessionellem Religionsunterricht und Ethikunterricht.

Das deutsche Grundgesetz garantiert das Recht der Eltern, über die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht zu bestimmen und schreibt vor, dass Religion an den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach ist.

Aufgrund einer Besonderheit der Übergangsbestimmungen wäre es 2006 möglich gewesen, in Berlin das Pflichtfach Ethik einzuführen.

Dagegen haben Kirchen und ihre AnhängerInnen eine Initiative lanciert, die voraussichtlich bereits im April zur Abstimmung kommt.

Quelle www.hpd.de

Italien

Rom: Urteil gegen Richter Tosti kassiert

2005 wurde der italienische Richter Luigi Tosti wegen «Pflichtverletzung im Amt» zu 7 Monaten Haft und einem Jahr Suspendierung von allen öffentlichen Ämtern verurteilt, weil er sich weigerte, unter dem Kruzifix Recht zu sprechen und sich dabei auf ein höchstrichterliches Urteil aus dem Jahr 2000 berief, nach dem Kruzifixe in staatlichen Räumen sich nicht mit dem säkularen Staat vereinbaren lassen. 2007 fand vor das Berufungsverfahren gegen die Haftstrafe statt. Der Prozess sollte wiederum unter dem Kreuz im Gerichtssaal stattfinden, so dass sich Tosti gezwungen sah, den Gerichtssaal unter Verlesung einer ausführlichen Begründung zu verlassen. Seine Berufung wurde abgelehnt. Das Kassationsgericht in Rom hat dieses Urteil nun aufgehoben.

Niederlande

(hpd) Der Streit um Geert Wilders und seinen umstrittenen Film «Fitna» geht nun vor Gericht. Wilders muss sich angesichts seiner Äußerungen zum Islam wegen Anstiftung zu Hass und Diskriminierung verantworten. Ein Berufungsgericht in Amsterdam beauftragte entsprechend die Staatsanwaltschaft, weil sich Muslime durch Wilders' Vergleiche des Islam mit der Nazi-Ideologie beleidigt fühlen dürfen. Wilders steht unter starkem Polizeischutz und muss ständig seinen Wohnort wechseln.

Im Februar 2009 hat die britische Regierung Wilders nicht einreisen lassen. Er wollte auf Einladung eines Mitglieds des Oberhauses seinen Film zeigen. Im Flughafen verweigerte man ihm die Einreise wegen Bedenken für die öffentliche Sicherheit.

Problematisch an Wilders Film ist weniger die Islamkritik, sondern sind die populistischen, pauschalisierenden Aussagen über MigrantInnen aus muslimischen Ländern mit denen er ausländerfeindliche Haltungen bedient.